



DEUTSCH  
PORTUGIESISCHER  
JOURNALISMUS-PREIS  
PRÉMIO DE JORNALISMO  
LUSO-ALEMÃO

## 2. Platz

**Guilherme Correia da Silva**

**"Onda verde está a crescer na Alemanha a meses das eleições. Já podemos falar de alterações climáticas?"**

**"Grüne Welle, wenige Monate vor den Wahlen.  
Ist das schon die Klimawende?"**

**Radio Renascença, 12. April 2021**

**Übersetzung: Michael Kegler**

## Grüne Welle, wenige Monate vor den Wahlen. Ist das schon die Klimawende?

**Guilherme Correia da Silva,  
Deutschlandkorrespondent von Rádio Renascença**

Die Pandemie macht müde. Die Popularität der Partei von Angela Merkel befindet sich – erschüttert von einem Korruptionsskandal - im freien Fall. Weniger als sechs Monate vor den Wahlen sitzen die Grünen auf gepackten Koffern für ihren Eintritt in die Bundesregierung. Im Gepäck eine große Agenda: den Kampf gegen den Klimawandel.

Es läuft nicht gut für die Regierung der deutschen Kanzlerin Angela Merkel. Die pandemiebedingten Beschränkungen nehmen kein Ende. Die Impfungen kommen nur langsam voran, trotz des Versprechens der Exekutive, den Prozess zu beschleunigen. Und um alles noch schlimmer zu machen, stehen Abgeordnete der konservativen Fraktion Merkels unter Korruptionsverdacht. Sie sollen Hunderte Millionen Euro an Provisionen kassiert haben für die Vermittlung von Maskenkäufen zum Schutz vor Covid-19.

Paul Ziemiak, Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union (CDU), Merkels Partei, ist im „Krisenmodus“.

Wer sich in der Krise persönlich bereichere, „hat bei uns in der CDU nichts verloren. Hier gilt eine Null-Toleranz-Politik.“, versichert er.

Die Popularität der Konservativen befindet sich im freien Fall. Viele Deutsche sind müde, nicht nur von der Pandemie. Angela Merkel ist seit mehr als 15 Jahren an der Macht. Die Sozialdemokraten, mit der Kanzlerin an der Regierung, verlieren ebenfalls in den Umfragen und schaffen es nicht aus dem Schatten der CDU heraus.

Die einzigen Politiker, die derzeit in Deutschland lächeln können, sind die Grünen. Weniger als sechs Monate vor der für den 26. September angesetzten Bundestagswahlen steht die Partei in den Umfragen mit 20% an zweiter Stelle – mehr als das Doppelte dessen, was sie in den Wahlen von 2017 erzielten.

Im März stellten die Grünen eine erste Version ihres Wahlprogramms vor. Robert Habeck, einer der Vorsitzenden der Partei, versprach eine „Vitaminspritze“ gegen die allgemeine Ermüdung. „Wir wollen ... eine neue politische Ära einleiten“, verkündete er.

„Wir wollen mit diesem Programm einen Aufschwung schaffen ... der über das rein Ökonomische hinausgeht.“

Der Schwerpunkt des grünen Wahlprogramms liegt nicht auf der Pandemie, sondern auf der Bekämpfung des Klimawandels: So früh wie möglich aus der Energieerzeugung durch Kohle aussteigen, die Kohlenstoffdioxidemissionen verteuern und mehr Investitionen unter anderem in den Schienenverkehr.

Klimaschutz bringt in Deutschland Stimmen, anders als in anderen Ländern. Die Themen, die Wähler in Portugal bei den Parlamentswahlen 2019 am meisten beschäftigten, waren Steuern, soziale Sicherheit, Renten und Arbeitsbedingungen. In Deutschland stehen laut Statistiken des europäischen Wahlbarometers Klimafragen ganz oben auf der Liste der Sorgen der Wähler. Klimaschutz ist für viele ein persönliches Anliegen.

### **Ein Freitag (für die Zukunft) in Köln.**

Es ist Mittag. In Köln beginnt eine Demonstration der von der Schwedischen Aktivistin Greta Thunberg angestoßenen Bewegung „Fridays for Future“. Auf einem riesigen Transparent verlangen die Aktivisten, Kapitalismus statt Kohle zu „verbrennen“. Große rote Lettern zieren das Transparent.

Einer der Demonstranten steigt auf eine improvisierte Bühne auf einer Straße am Hauptbahnhof, vor der Kulisse des Kölner Doms: „Eine Stadt wie diese muss auch erneuerbare Energie produzieren“, beginnt er seine Ansprache.

Es ist das erste Mal, dass die Aktivisten von „Fridays for Future“ wieder auf die Straße gehen, seit neue Beschränkungen wegen der Pandemie in Kraft traten. Am Rande der Demonstration fragt jemand, wie denn so ein Protest erlaubt sein könne, wo doch Restaurants weiter geschlossen seien. Doch die Dutzenden Menschen, die zu der Demo gekommen sind, haben Masken auf und halten Sicherheitsabstände. Die Polizei begleitet sie aus der Nähe.

„Erneuerbare Energien in einer Stadt wie Köln, bedeutet nicht, große Windkraftanlagen zu bauen“, fährt der Aktivist auf der Bühne fort. „Der Weg ist, Solaranlagen auf die Dächer zu bringen. Das muss nicht einmal den Dom hinter mir ausnehmen, es gibt wunderbare Stellen für Solaranlagen.“

## Begegnung mit Leonie Bremer

Nach Berechnungen der Demonstranten müssten jährlich 15.000 Solarpanel auf Dächern montiert werden, um zur Begrenzung der Klimaerwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius beizutragen, wie es in Paris vor mehr als fünf Jahren von der internationalen Gemeinschaft vereinbart wurde.

Doch die Zeit läuft und die Temperatur steigt. Die Länder – einschließlich Deutschlands – sind nicht schnell genug, sagt Leonie Bremer, eine der Sprecherinnen von „Fridays for Future.“

„Deutschland sagt immer, es sei Vorreiter im Klimaschutz. Aber das stimmt nicht.“

Leonie Bremer ist 23 Jahre alt. Sie schon seit den Anfängen 2018 bei „Fridays for Future“. Die Begegnung mit Radio Renascença fand vor den Protesten in Köln statt. Gleich zu Anfang entschuldigt sie sich, dass sie zu spät kommt. Sie trägt eine rosafarbene Mütze und ihr Haar ist noch nass. Sie hat das alles auf Instagram gepostet und dazu geschrieben, sie bräuchte jetzt einen Kaffee und „Ingwershots“. Aber nicht darum ging es in dem Interview.

Leonie sagt, sie sei es leid, auf Politiker zu warten und wolle strukturelle Veränderungen, so schnell wie möglich.

„In meinem Master beschäftige ich mich mit der Technologie erneuerbarer Energien. Es ist möglich, bis 2030 zu 100% erneuerbare Energie zu haben. Das Problem ist, dass unsere rückständigen Politiker nicht den Mut haben, damit zu beginnen.“

Die „Fridays für Future“ wollen das Ende der fossilen Energieträger bis 2030, doch der Plan der Regierung Merkel ist ein anderer.

Berlin treibt den Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 voran, die russisches Erdgas in die Europäische Union transportieren soll. Das Ende der Kohleenergie ist erst für 2038 vorgesehen. Für Lisa Göldner von der Umweltorganisation Greenpeace ist das viel zu spät.

„Deutschland sollte bis 2030 aus der Kohle aussteigen. Was mir Sorge macht, ist, dass nach dem Ende der Kohle die Gefahr besteht, dass der Einsatz von Erdgas gefördert wird. Doch es ist klar, dass die Lösung der Klimakrise auf dem Gebiet der Energie Sonne, Wind, Wasser und erneuerbare Energien sind.“

Im vergangenen Jahr haben in Deutschland erstmals Windkraftanlagen mehr Elektrizität produziert als Kohlekraftwerke. Doch drei Viertel der deutschen Energieerzeugung stammt weiterhin aus fossilen Trägern: Erdöl, Gas und Kohle.

## **Energiewende ... „Ohne Hast“**

Hans Röhrs, 88 Jahre alt, hat als Ingenieur in einem Kohlebergwerk gearbeitet, in Ibbenbüren im Westen Deutschlands. Er widmet sich auch der Geschichte des Bergbaus in der Region und hat mehrere Bücher darüber veröffentlicht. Im Telefongespräch sagte er, er sei einverstanden mit dem von der Regierung vorgegebenen Zeitplan für den Ausstieg aus der Kohleenergie 2038.

„[die Energiewende] brauchen wir, aber ohne Hast. Die Leute müssen auch ihre Stromrechnung zahlen können.“

Ibbenbüren hat um die 54.000 Einwohner. Die Stadt liegt am Rand eines Kohlebergwerks und eines Kohlekraftwerks. Die Geschichte des Bergbaus hier ist mehr als 500 Jahre alt, doch der „Boom“ war im letzten Jahrhundert, erzählt Röhrs.

„Das Bergwerk hat zur Entwicklung der Stadt beigetragen. Es war einer der größten Arbeitgeber der Gegend. 1958 waren mehr als achttausend Leute dort angestellt.“

Die Arbeit im Bergbau war gut bezahlt. Ein Facharbeiter verdiente damals im Schnitt 880 D-Mark im Monat – umgerechnet auf heute wären das mehr als 2000 Euro. Im Stahlbereich war der Lohn deutlich geringer – 686 Mark oder um die 1.600 Euro.

„Die Leute gingen gern in den Bergbau“, versichert Hans Röhrs. Es ging dabei nicht nur ums Geld. Auch die Ausbildung sei „sehr gut“ gewesen und die Firma versorgte sie mit sogenannter „Deputatkohle“.

„In Zeiten der Krise nach dem Krieg war das wirklich sehr wichtig.“

## **Kohle war teuer**

Die Bergbaukultur ist in Ibbenbüren verwurzelt. Hans Röhrs erzählt beispielsweise, dass es einen Musikverein gibt mit zwei Orchestern und einem Chor, die zum Bergwerk gehören. Und der Barbaratag zu Ehren der Schutzpatronin der Bergleute wird weiter gefeiert, obwohl das Bergwerk 2018 geschlossen wurde.

Das Bergwerk von Ibbenbüren ging fast 1.600 Meter in die Tiefe, das entspricht fünf

Eiffeltürmen übereinander. Es war das tiefste in ganze Europa.

„Eine solche Tiefe bringt relativ hohe Kosten mit sich. Frischluft muss zugeführt werden, und der Druck auf den Berg nahm zu, was zusätzliche Kosten verursachte“, erklärt der frühere Bergbauingenieur.

Die Kohle war so teuer, dass der Staat sie subventionieren musste, damit sie am internationalen Markt mithalten konnte. Ein Irrsinn, sagen die Umweltschützer. Die Regierung hat die Abschaffung der Subventionen und die Schließung der Kohlebergwerke beschlossen. In Ibbenbüren wurde niemand arbeitslos, fügt Röhrs hinzu.

Als das Bergwerk geschlossen wurde, gingen manche Arbeiter in Frührente, die Jüngeren fanden ohne große Probleme in örtlichen kleinen Industriebetrieben Arbeit, weil sie eine gute Ausbildung hatten.“

Auch die Tage des Kraftwerks sind gezählt; Strom vermarkten darf es schon nicht mehr. Aber die Energiewende in der Region wird seit mehr als zwei Jahrzehnten vorbereitet, und im April 2017 – mehr als ein Jahr vor dem Ende des Kohleabbaus im Bergwerk – gründeten im Kreis Steinfurt, zu dem Ibbenbüren gehört, rund einhundert Politiker, Unternehmer und Bürger eine Gesellschaft mit einem großen Ziel: Energetische Selbstversorgung.

Silke Wesselmann, die an der Spitze der Gesellschaft Energieland2050 steht, ist mit den bisherigen Ergebnissen zufrieden: 70% der in der Region verbrauchten Energie stammt aus erneuerbaren Quellen.

Wie das zu erreichen ist? „Zum einen, indem man den Ausbau erneuerbarer Energien massiv vorantreibt. Zum anderen durch Energiesparen, in intensiver Zusammenarbeit mit dem Bausektor, durch Wärmedämmung“, sagt Wesselmann.

Laut ihr als Hauptverantwortlicher ging es als erstes darum, ein Netzwerk verschiedener Partner zu knüpfen. Dann wurden sofort „erfolgreiche“ Pilotprojekte entworfen und auf den Weg gebracht, die Unternehmen und Bürger dann übernehmen konnten.

„Wir haben von Anfang an gesagt, dass die Energiewende in der Region nur funktioniert, wenn alle mithelfen“. Zum Beispiel mit Gemeindewindparks oder Solarkooperativen.

Der Gedanke ist, das derzeitige System der Energieerzeugung komplett umzukehren,

sagt Wesselmann.

Anstelle von Energiegiganten, die Strom für möglichst viele Menschen produzieren, ist das Ziel nun, so viele Menschen wie möglich dazu zu bringen (mit Solaranlagen und Windkraft), die Energie zu produzieren, die sie selbst verbrauchen, und dem Überschuss ins übrige Netz einzuspeisen. Natürlich sind die Giganten damit nicht sehr glücklich.

„Ich kann nicht sagen, dass jemand gegen uns arbeitet oder Ähnliches, aber wir werden sicher als ‚Störenfriede‘ im System angesehen.“

### **Die Lobby im Energiesektor**

Vor vier Jahren, gegen Ende der letzten Legislaturperiode, schickte die Linkspartei der Bundesregierung einen Fragenkatalog über die Lobby der Energieriesen. Die Regierung antwortete mit einer 15-seitigen Liste, in der über fast drei Jahre die hochrangigen Begegnungen zwischen Vertretern von Unternehmen und Branchenverbänden mit Mitgliedern der Regierung einschließlich der Kanzlerin Angela Merkel aufgeführt sind.

Die Regierung betonte, sie treffe sich sowohl mit Unternehmern als auch mit Umweltschützern. Die Linke ist anderer Ansicht: für die Partei ist offensichtlich, dass die Regierung sich lieber mit Unternehmern zusammensetzt. Die Liste der Treffen mit Umweltschutzverbänden hat kaum mehr als zwei Seiten.

Silke Wesselmann von der Vereinigung Energieland2050 jedenfalls sagt, es gebe weiterhin viele Hürden für den Ausbau erneuerbarer Energien.

„Es gibt keine Flächen für neue Windkraftanlagen, weil das Gesetz hohe Hürden festlegt. Auf dem Gebiet der Fotovoltaik sinkt ebenfalls die Finanzierung. Ein weiteres Hindernis besteht auf dem Gebiet der Wärmedämmung und der Mobilität. Es muss vermittelt werden, wie wichtig es ist, dass jeder einzelne von uns seinen Beitrag leistet und nicht jetzt noch schnell eine Heizung kauft, die für die nächsten 30 Jahre läuft.“

### **Portugiesische Wissenschaftlerin für globale Veränderung**

Die Vereinten Nationen warnten erst wieder im Februar, dass, wenn die Treibhausgasemissionen nicht bald reduziert würden, die Welt auf dem Weg in die „Katastro-

phe“ sei. Die Wissenschaftler befürchten einen Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um über 3°C. Dies würde zu einem Anstieg des Meeresspiegels und zur Überflutung weiter Küstengebiete führen. Nahrungsmittel würden knapp werden.

In Deutschland ist der Wald zunehmend krank. Die letzten drei extrem heißen und trockenen Sommer haben gravierende Schäden verursacht.

„2020 zeigten nur 21% der Bäume keine Anzeichen von Schädigung durch Trockenheit, Insekten oder anderes, das den Bäumen zusetzt, während 2010 noch 30% der Bäume keinerlei Schädigung aufwiesen“, warnt Ana Bastos.

Die portugiesische Wissenschaftlerin arbeitet für das Max-Planck-Institut für Biochemie in Jena im Osten Deutschlands und ist besorgt.

„Das Ausmaß der Veränderungen, die sich auf globaler Ebene vollziehen – in der Umstrukturierung der Wirtschaft, der Gesellschaften und der Art, wie wir arbeiten, mobil sind und uns ernähren – ist vergleichbar mit den Ausmaßen der Reaktionen auf die Pandemie.“

Kira Winke, Mitglied im Beirat für Krisenbewältigung der Bundesregierung, pflichtet dem bei.

„Im Zuge der Covid-19-Pandemie kam es zu einem Rückgang der Emissionen. Natürlich war das nur ein Nebeneffekt der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus, doch es zeigt auch, dass wir eine systemische Veränderung brauchen.“

### **An der Spitze der Stadtverwaltung von Bonn**

Es gibt Veränderungen. In Supermärkten müssen Plastiktüten inzwischen bezahlt werden. Gurken werden nicht mehr in Klarsichtfolie verkauft. Mehr Leute fahren Fahrrad. Die deutsche Regierung hat dieses Jahr eine Kohlendioxidsteuer eingeführt, 25 Euro pro Tonne („Fridays for Future“ fordert weit mehr: 180 Euro).

Auch die Grünen gewinnen an Zustimmung. Im März bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg erreichte die Partei, die dort bereits an der Regierung ist, 32,6% der Stimmen, ein Rekordergebnis.

Im November bekam die Stadt Bonn, Westdeutschlands frühere Hauptstadt, eine grüne Bürgermeisterin, Katja Dörner, die einen konservativen Politiker der CDU ablöst.



Hofft Dörner auf eine ähnliche Veränderung bei den Bundestagswahlen im September? Werden die Grünen in die Regierung gehen? Gar das Kanzleramt übernehmen? Sogar mit Maske ist ein Grinsen der Kommunalpolitikerin zu erkennen.

„Nun, da müsste ich in die Kristallkugel schauen, sagt Dörner, die auch schon Bundestagsabgeordnete der Grünen war. „Was ich in den Kommunen beobachte und an meiner eigenen Wahl als Bürgermeisterin, ist, dass es in der Gesellschaft im Allgemeinen das Gefühl gibt, dass es so nicht weitergehen darf.“

Auf der einen Seite von Kaja Dörners Büro im obersten Stockwerk des Rathauses ist ein riesiges Fenster mit Blick über die Dächer der Stadt. Die Bürgermeisterin sagt, dort beginne die Energiewende: „Wir werden mit einer ‚Solaroffensive‘ beginnen. Ich frage mich immer, wie es sein kann, dass so viele Dächer der Stadt, auch auf städtischen Gebäuden, immer noch nicht zur Erzeugung von Solarstrom genutzt werden.“

### **Doch was kostet die Offensive?**

„Ich kann ihnen im Moment keine Zahlen nennen, das hängt vom Umfang dessen ab, was man umsetzt“, antwortete Dörner. „Aber ich glaube nicht, dass uns in zehn Jahren unsere Kinder fragen, wie viel vom Budget wir eingespart haben. Sie werden uns fragen, was wir gegen die Klimakrise getan haben.“

Die frühere Abgeordnete, 45 Jahre alt, beharrt darauf, dass es keine Ausflüchte geben darf, die erneuerbaren Energien seien die Zukunft.

„Auf mittlere Sicht profitieren die Unternehmen, die einsehen, dass eine Veränderung kommen muss. Hier in Bonn sind es zum Beispiel die kleinen und mittleren Unternehmen, die von einer Solaroffensive profitieren, denn sie sind es, die die Kollektoren auf die Dächer montieren. Und das schafft Arbeitsplätze, das erwirtschaftet Gewinn“

### **„Wir müssen die Emissionen auf Null bringen, jetzt“**

Der Kampf gegen den Klimawandel ist nicht allein eine Forderung der Grünen. Fast alle deutschen Parteien befürworten Veränderungen, die einen schneller als andere. Nur die rechtsextreme AfD kritisiert die Investitionen – spricht von „Klimamärchen“ und behauptet, das Geld sei anderswo besser angelegt, vor allem in Zeiten der Pandemie.

Auf den Straßen protestieren die Klimaaktivisten weiter. Der Klimawandel ist Realität, daran herrscht für sie kein Zweifel. Und sie sprechen von einem Meer an Gelegenheiten.

„Wie viele Arbeitsplätze verlieren wir, wenn die erneuerbaren Energien nicht unterstützt werden? Wie viele Arbeitsplätze können in einem Sektor, der sich entwickelt, entstehen?“, fragt Leonie Bremer von „Fridays for Future“.

Im September präsentierte der deutsche Minister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier 20 Vorschläge zum Klimaschutz. Einer davon ist die Schaffung eines Labels „Clean Products made in Germany“, ein anderer die Reduzierung der Kohlendioxidemissionen auf Null bis 2050 mit jährlich einzuhaltenden Reduktionszielen.

Es sei keine Zeit zu verlieren. „Ich bin der Auffassung, dass wir Klimaschutz als die zentrale und vorrangige Aufgabe unserer Generation begreifen müssen“, warnte Altmaier damals. Und er appellierte an einen Allparteienkonsens über das Klima, der noch vor den Bundestagswahlen erreicht werden müsse.

Leonie Bremer sagt, sie habe keine Geduld mehr für solche Initiativen. „Wir müssen die Emissionen auf Null bringen, jetzt. Wir müssen einen Plan für die kommenden fünf Jahre haben und dürfen nicht immer von 2050 sprechen“, sagt sie.

Andere Mitglieder von „Fridays for Future“ sind in politische Parteien gegangen, manche wollen bei den Wahlen im September für den Bundestag kandidieren. Plant das auch Leonie?

Sie lacht. „Nein. Unser parlamentarisches System muss all seine Maßnahmen an der Frage der Klimagerechtigkeit und dem Klimaabkommen von Paris ausrichten. Bis das geschieht, werde ich in dieses System nicht eintreten.“

Die Aktivistin versichert, fürs Erste sei sie lieber auf der Straße protestiere - auch dies ein wichtiges Element der Demokratie.